

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 59. Sitzung vom 25. Februar 2010 zur Aktuellen Stunde - Fragwürdige Vergabepraxis der landeseigenen Unternehmen frei nach dem Motto „Man kennt sich eben!“

Sehr geehrte Frau Kollegin Matuschek! Wir wollen auch gern den Zwischenbericht bzw. den Abschlussbericht über die Untersuchung der Vergabepraxis der HOWOGE haben. Aber wann kommt er?

[Jutta Matuschek (Linksfraktion): Bald!]

Vor drei Wochen hat der Aufsichtsrat getagt und hat ein Wirtschaftsprüfungsbüro beauftragt, die letzten fünf Jahre – wie wir gestern im Hauptausschuss erfahren haben – zu prüfen. Drei Wochen dauert es, bis man überhaupt eine erste Information bekommt. Das ist einfach zu lange. Sie spannen nicht nur uns auf die Folter, sondern auch die Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse und auch ein Recht darauf zu erfahren, was passiert ist. Innerhalb von drei Wochen könnte man herausfinden, dass alles in Ordnung ist. Man könnte auch innerhalb von drei Wochen herausfinden, in den 20, 30 Fällen haben wir bereits Erkenntnisse. Aber dies muss hier auf den Tisch. Wir wollen das hier wissen. Hier ist das Parlament!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Die landeseigenen Unternehmen – darum geht es hier im Kern – sind erhebliche Vermögenswerte des Landes Berlin, und die verschiedenen Senatsverwaltungen – unter der Leitung von Frau Junge-Reyer und Herrn Nußbaum – nehmen für uns die Gesellschafterfunktion, die Kontrolle und Begleitung durch Mandate in den Aufsichtsräten wahr. Es ist ein Skandal, wie sie diese Verantwortung wahrnehmen oder eben nicht wahrnehmen, was der aktuelle Fall belegt.

[Beifall bei den Grünen]

Das Klischee, dass die staatsnahen Parteien nicht mit Vermögen umgehen können, wird wieder einmal belegt. Sie setzen den Ruf der landeseigenen Unternehmen insgesamt leichtfertig aufs Spiel. Das kann man nicht zuletzt daran erkennen, dass sich zwei andere landeseigene Wohnungsbaugesellschaften jüngst von der mutmaßlichen Geschäftspraxis der HOWOGE distanziert haben – die DEGEWO mit einer Pressemitteilung oder die GESO-BAU durch ein Interview des Geschäftsführers. Die haben gesagt: Bei uns läuft alles gut. – Sie fühlten sich dazu bemüht, weil die HOWOGE und insbesondere der Senat nichts zur Aufklärung der Vorgänge beitragen.

Wie weit Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen haben wir gestern im Hauptausschuss gesehen. Die Stadtentwicklungsverwaltung und die Finanzverwaltung haben uns erklärt, dass der Senat mit der Vergabepraxis nichts zu tun habe. Dafür gebe es die Geschäftsführung. Und der Aufsichtsrat, der würde sich mit den großen Dingen befassen. – Sehr geehrte Frau Senatorin! Niemand verlangt, dass Sie persönlich die Hausflure fegen lassen, aber wenn es um Investitionen im zweistelligen Millionenbereich geht, verlangen wir, dass sich der Aufsichtsrat damit beschäftigt und auch weiß, wer wie zu Aufträgen gekommen ist. Das ist einfach nötig!

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall der FDP – Beifall von Florian Graf (CDU)]

Sie haben kein Problembewusstsein. Dass die Koalition und insbesondere die SPD Minuspunkte sammelt, das muss uns nicht kümmern. Aber wie Sie mit öffentlichen Vermögenswerten umgehen, für die Sie für eine begrenzte Zeit verantwortlich sind, das ist ein Skandal!

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Sie schädigen nicht nur den Ruf der Koalition, den Ruf des Senats – insbesondere den der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung –, sondern Sie dokumentieren Untätigkeit und mangelnden Aufklärungswillen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie dazu Stellung, was passiert ist und was Sie tun, um aufzuklären!

Staatssekretär Sundermann hat uns gestern berichtet, dass jetzt eine Wirtschaftsprüfergesellschaft tätig ist und diese alles untersuchen würde. Ich habe bereits zum Anfang gesagt: Frau Matuschek! Nach drei Wochen muss irgendeine Erkenntnis vorliegen. Ich habe das Gefühl, Sie spielen hier auf Zeit. Entweder Sie wissen noch nicht genau, wie Sie die katastrophalen Ergebnisse an die Öffentlichkeit bringen sollen, oder Sie warten, bis es in irgendeinem anderen Medienthema untergeht. Irgendetwas steckt dahinter. Sie trauen sich nicht, uns hier die Wahrheit zu sagen!

[Beifall bei den Grünen – Udo Wolf (Linksfraktion): So ein Quatsch!]

Dass die Wohnungsbaugesellschaften ein schwieriges Thema sind, das kann man zum Beispiel dem Ergebnisbericht des Rechnungshofs 2009 entnehmen. Da geht es darum, dass unter anderem Vivantes, aber auch die Wohnungsbaugesellschaften dem Rechnungshof verweigern, ihre Wirtschaftsführung zu prüfen. Das haben wir gelesen und uns auch als Parlament damit beschäftigt. Das ist vom Parlament verlangt worden – nichts passiert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Und dies ist nur ein Punkt.

Was ist mit der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen? Die HOAI wurde hier schon erwähnt. Was ist mit der VOF? Was ist mit der LHO oder mit dem Rundschreiben zu den Korruptionspräventionsrichtlinien? – Ich will nur einen Absatz daraus zitieren: Wichtig ist die Streuung von Aufträgen zur Vermeidung von engen und lang andauernden Bindungen an denselben Auftragnehmer einschließlich Architekten- und Ingenieuraufträgen nach HOAI.

Das steht dort geschrieben. Und wie arbeitet die HOWO-GE? – Offensichtlich anders. Frau Kollegin Matuschek! Zu dem Thema der Vorverurteilung will ich sagen: Auf welcher Grundlage wir hier argumentieren, ist das, was der Kollege Hillenberg geliefert hat. Herr Hillenberg ist der Einzige – so skurril das klingen mag –, der bisher zur Aufklärung beigetragen hat.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Das ist nicht der Senat, und das ist nicht die Koalition, und es ist in letzter Instanz auch nicht die SPD-Fraktion, die hier zum Handeln ja erst aufgefordert werden muss. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]